

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVI/78

26. April 1972

Mit den Fakten konfrontieren

Erste Analyse der Landtagswahl in Schleswig-
Holstein

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Erfolg für Bruno Kreisky

Zur Wiederwahl des Wiener Bundespräsidenten
Jonas

Seite 3 / 43 Zeilen

Der Eklat fand nicht statt

Positives und konstruktives Ergebnis
von Mannheim

Von Jockel Fuchs

Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Vorsitzen-
der der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-
Pfalz und Vorsitzender des Kommunalpoliti-
schen Ausschusses des SPD-Parteivorstandes

Seite 4 und 5 / 51 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn B, Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 91 87-38
Telex: 883 648 (888 647)
883 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Mit den Fakten konfrontieren

Erste Analyse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein hat bei dem Sieger, der CDU, begreiflicherweise erhebliche Freude ausgelöst, bei der zweiten großen Partei, der SPD, ebenso begreiflicherweise beunruhigt. Am Abend des 25. April hat sich gezeigt, daß manche Vorhersagen offensichtlich Wunschbilder oder allzu holzschnittartige Darstellungen gewesen waren. Die SPD wird sich mit den Fakten dieses 25. April konfrontieren, mit ihnen fertig werden und sie erfolgreich überwinden müssen, denn in absehbarer Zeit stehen neue Wahltermine an, auf Landes- und auf Bundesebene, und dann werden die Sozialdemokraten erneut gefordert werden.

Dem Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein wird die Beschreibung anhängen, daß er zu den erbittertsten Auseinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik gehörte. Die CDU hat ihre Agitation in hemmungslose Demagogie ausufern lassen und nicht zuletzt auf diesem Boden den großen Zulauf aus den schwarzweißbroten Gruppierungen der weithin aufgeriebenen NPD zu verzeichnen gehabt. Diese konzentrierte Hetze gegen eine verkockante Sozialdemokratie ist von einem bestimmten Teil der in Schleswig-Holstein verkauften Presse ohne jede Skrupel unterstützt, gefördert und oft auch vorangetrieben worden. Die von der SPD eingeleitete Untersuchung des Wahlkampfes in diesem nördlichen Bundesland wird an diesen Tatsachen nicht vorbeigehen können, weil die Erforschung der kausalen Verbindung mit den Beweggründen für die individuelle

oder auch Gruppen-Wahlentscheidung von jetzt an sorgsam im Auge behalten werden muß.

Wenn man nach den aktuellen oder akuten Ursachen für das Wahlergebnis von Schleswig-Holstein sucht, dann wird man nicht daran vorbeigehen können, daß die bedrängende Problematik der Preise und der Lebenshaltungskosten eine starke Rolle gespielt haben. Hier, und im Gebiet der nationalistisch ausgebeuteten Unterstellungen im ostpolitischen Bereich, wird man bei der Wahlergebnisanalyse sicherlich auf die Hauptargumente für eine Stimmentscheidung stoßen, die aus der CDU, so sagte es Herbert Wehner, die angeblich Garantin für ebenso angeblich bedrohte Ordnungsvorstellungen werden ließ.

Bei der gebotenen nüchternen Klarstellung bleibt es umso bemerkenswerter, daß die SPD ihre Gesamtposition gegenüber der letzten Landtagswahl verbessern konnte, wenngleich sie angesichts des Kesseltreibens ihre Stimmarke von der Bundestagswahl nicht überall zu wahren vermochte. Dieses Faktum, das auf Lanoesebene einen kräftigen Schritt nach vorwärts beinhaltet, gibt der Partei die Stärke und den Rückhalt für die Schlußfolgerungen, aus denen sie ihre Strategie und ihre Taktik entwickeln kann, nach denen sie ihre nächsten Wahlauseinandersetzungen führen wird. Diese Überlegungen werden alle Aspekte einzuschließen haben, die auch in diesen Zeilen angesprochen worden sind, wobei Sorge dagegen zu tragen sein wird, daß allzu tagesbezogene Momente Aufnahme finden könnten. Vielleicht ist es für die Folgezeit gut, daß die SPD gerade in Schleswig-Holstein sozusagen mit der Nase auf einige kardinale und essentielle Punkte gestoßen wurde: Dazu gehört einmal die Notwendigkeit, die Arbeitnehmer als die Stammwähler intensiver zu mobilisieren, zum zweiten die Erfordernis, noch stärker als bisher in die Mitte vorzustoßen, und zum dritten die Pflicht, sich mehr um die Frauen zu kümmern.

(ee/ee/26-4-1971 by)

+ + +

Erfolg für Bruno Kreisky

Zur Wiederwahl des Wiener Bundespräsidenten Jonas

Der 5. Präsident der Republik Österreich heißt wiederum Franz Jonas, Arbeitersohn aus dem Wiener Vorortsbezirk Floridsdorf, dem es an seiner Wiege gewiß nicht gesungen worden war, daß er nun mit 71 Jahren zum zweitenmal von der Mehrheit des österreichischen Volkes dazu berufen wurde, das höchste Staatsamt zu bekleiden. Er erhielt diesmal nach einem überaus erbittert geführten Wahlkampf mehr Stimmen als bei der ersten Wahl vor sechs Jahren. Der Überzeugte Sozialdemokrat wurde aus allen Schichten des Volkes gewählt, die ihn aufgrund seines Lebenslaufes und seiner Amtsführung als bewährt, korrekt und verlässlich schätzen.

Jonas' Gegenkandidat, der von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) empfohlene parteipolitisch nicht gebundene Diplomat Dr. Kurt Waldheim, erfüllte nicht die auf ihn gesetzten Erwartungen. Er teilt mit seiner Niederlage das Schicksal aller in der Nachkriegszeit von der ÖVP aufgestellten Bewerber um das Amt des Bundespräsidenten; sie kamen nie zum Zuge und mußten stets einem Sozialdemokraten weichen. Diesmal setzte die große Konkurrentin der österreichischen Sozialdemokratie, gezwungen durch die Zerrissenheit ihrer Führung, alle Hoffnung auf einen "Unparteiischen", sie unterstützte ihn mit einem ungewöhnlichen Aufwand von Propaganda und finanziellen Mitteln, doch das damit verbundene Ziel, die Minderheitenregierung Dr. Bruno Kreiskys zu schwächen oder eine große Koalition zu erzwingen wurde nicht erreicht. Die Österreichische Volkspartei befindet sich seit Jahren infolge von inneren Macht- und Rivalitätskämpfen in einem desolaten Zustand, aus dem sie nicht so bald herauskommen dürfte.

Die eindrucksvolle Wiederwahl von Franz Jonas stärkt die Position der von Bruno Kreisky geführten SPÖ-Regierung. Sie kann nun in Ruhe ihre von starkem Reformwillen geprägte gesetzgeberische Arbeit zügig weiter verfolgen. Angesichts ihrer offenkundigen Niederlage wird sich wohl die ÖVP hüten, in offene Obstruktionspolitik auszuweichen. Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky hat es jederzeit in der Hand, in einem solchen Falle Neuwahlen für den Nationalrat ausschreiben zu lassen. Er könnte sie aufgrund des Wahlergebnisses vom letzten Sonntag mit Zuversicht bestehen.

Für unseren Nachbarstaat bedeutet der Sieg von Franz Jonas eine Periode der Stabilität und des innerpolitischen Friedens. Seine Stellung ist verfassungsmäßig stärker als die des deutschen Bundespräsidenten. Solange Franz Jonas in der Wiener Hofburg residiert, dürfte Österreich vor innerpolitischen Zerreißproben bewahrt bleiben. Seine Bürger haben eine gute Wahl getroffen, sie bleibt mit dem Namen Bruno Kreisky und seiner Partei eng verbunden. Denn Jonas' Sieg ist auch Kreiskys Sieg. (ex/ex. 26.4.1971 bgy)

+ + +

Der Eklat fand nicht statt

Positives und konstruktives Ergebnis von Mannheim

Von Jockel Fuchs

Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz und

Vorsitzender des Kommunalpolitischen Aus-

schusses des SPD-Parteivorstandes

Wer nach Mannheim gekommen war, um Sensationen zu erleben, ist enttäuscht worden. Der große Eklat zwischen den Jungsozialisten und den "Etablierten" hat nicht stattgefunden. Dafür haben die Jungsozialisten auf ihrer kommunalpolitischen Arbeitskonferenz gezeigt, daß sie die aktivste und produktivste politische Gruppe der politisch engagierten jungen Generation sind.

Das Arbeitsergebnis kann sich sehen lassen: zu den wesentlichen Fragen der Kommunalpolitik für die 70er Jahre wurden umfassende, nach vorn drängende Aussagen gemacht. Alle, die sich um das Geschehen in unseren Gemeinden kümmern, werden in Zukunft nicht mehr an den kommunalpolitischen Zielsetzungen der Mannheimer Konferenz vorbeikommen. Dieses positive und konstruktive Ergebnis unterstreicht den Ernst und die Sachlichkeit der Diskussionen. Mit Recht könnte die Frage gestellt werden, ob denn die eine oder andere Seite in Mannheim klein beigegeben habe. Wer so fragt, bleibt an der Oberfläche und würde das kritische und lebendige politische Bewußtsein der Jungsozialisten verkennen und unterschätzen. Die zahlreichen Gäste, darunter führende Repräsentanten sozialdemokratischer Kommunalpolitik, hatten an der Diskussion ihre wahre Freude. Was sich hier an politischer und staatspolitischer Substanz präsentiert hat, ist für die weitere Entwicklung der SPD und unserer gesamten demokratischen Gesellschaft von kaum abschätzbarer Bedeutung.

Der Eklat hat nicht stattgefunden, dafür aber das lebhafteste

Gespräch zwischen Jungsozialisten und der in unmittelbarer Verantwortung stehenden Generation der SPD. Auch wenn dieses Gespräch in der Sache oft kritisch und hart war, so blieb doch stets das Bewußtsein gemeinsamer Aufgabenstellung lebendig. In unseren Gemeinden wird sich in den kommenden Jahren ein wesentlicher Teil Gesellschaftspolitik entscheiden. Mit zunehmender Freizeit gewinnen die Gemeinschaftsaufgaben an Bedeutung. Diese Gemeinschaftsaufgaben müssen jedoch zu einem erheblichen Teil in unseren Gemeinden erfüllt werden. Umso eindrucksvoller ist daher die Tatsache, daß die junge Generation der sozialdemokratischen Partei die Kommunalpolitik zu einem entscheidenden Punkt ihrer politischen Aktion gemacht hat. Die Jungsozialisten leisten daher einen erheblichen Beitrag zur Integration der jungen Generation in die Gemeinschaft unserer Städte und Gemeinden.

Das fruchtbare Gespräch von Mannheim darf nicht mehr abreißen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet der kommunalpolitische Bundeskongreß der SPD Ende Juni in Karlsruhe. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten wird mit einer starken Gruppe in Karlsruhe sein. Es gibt keinen Zweifel, daß die Empfehlungen der Mannheimer Konferenz nicht ohne Einfluß auf den Verlauf des Karlsruher Kongresses sein werden, auch wenn einzelne Teile des Juso-Papiers sicher nicht mit den Realitäten übereinstimmen.

Es wird auch in Zukunft Konfliktthemen und kritische Äußerungen der Jungsozialisten geben. Der Versuch konservativer Kräfte, die Jungsozialisten zum Schreckgespenst unserer Gesellschaft zu machen, ist jedoch gescheitert.

(-/k/jf/26.4.1971/ks)

+ + +